

10. Sitzung der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte, 12. 6. 1941

Finanzdelegation der eidg. Räte
31/14
Délégation parlementaire des finances

Sitzung Donnerstag, den 12. Juni 1941 um 15 Uhr
Séance du jeudi 12 juin 1941, à 15 heures

Anwesend die HH. Nationalräte
Sont présents MM. les conseillers nationaux
Seiler, Scherrer und *Müller-Biel*

sowie die HH. Ständeräte
ainsi que MM. le députés au Conseil des Etats
Bolla, Egli und *Loepfe*

Vorsitz
Présidence
Herr *Seiler*.

Traktanden:

1. Clearingfragen
2. Kriegstransportamt
3. Unvorgesehenes

Ordre du jour:

- 1- Question de clearing
- 2- Office de guerre des transports
- 3- Imprévu

Traktandum 1.
Tractandum 1.

Der *Vorsitzende* begrüsst Herrn Bundespräsident Dr. Wetter, Vorsteher des eidgenössischen Finanz- und Zolldepartementes, und erteilt ihm das Wort zur Auskunftgabe über Clearingfragen.

Herr Bundespräsident *Dr. Wetter* weist einleitend darauf hin, dass es der Bundesrat für richtig hält, der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte einige ausserordentliche Mitteilungen mit Bezug auf die Clearingabkommen mit Deutschland und Italien zu machen. Bei der Behandlung der Staatsrechnung für das Jahr 1940 im Schosse der Finanzkommissionen wurden bereits Andeutungen gemacht, sodass vorausgeahnt werden konnte, was noch kommen werde; die Verhältnisse waren aber in jenem Zeitpunkt noch zu wenig abgeklärt, sodass genaue Angaben nicht gemacht werden konnten. Heute ist nun die Sache soweit gediehen, dass die zuständigen Kreise des

Parlaments über diese Fragen aufgeklärt werden können, in der Meinung, es werde sich dann zeigen, welcher Weg eingeschlagen werden müsse. Es handelt sich nämlich um Fragen, die nicht ein einzelnes Departement allein, sondern den ganzen Bundesrat betreffen. Dabei bitte ich Sie bei der Behandlung dieser Fragen alle Diskretion walten zu lassen, weil die Verhandlungen noch im Gange sind. [...] In den letzten Jahren bereitete uns die Verteilung der im Clearingverkehr einbezahlten Beträge mannigfache Schwierigkeiten, weil es ausserordentlich schwer hielt alle Interessen in Einklang zu bringen. Es war eine Art «Quadratur des Zirkels». Bis zum Kriegsausbruch wickelte sich der Clearingverkehr auf dieser Basis ab. Wenn schweizerischerseits zuviel exportiert wurde, stellten sich mit Bezug auf die Bezahlung Wartefristen ein, weil eben gewartet werden musste, bis genügend Geld wieder eingezahlt wurde für Lieferungen aus Deutschland. Diese Erscheinung tritt nicht nur für den deutsch-schweizerischen Clearing ein, sondern auch für andere Länder, bei denen die Wartefristen schon 6 bis 7 Monate betragen haben. Für Deutschland traten auch Verzögerungen ein, aber nicht in diesem Ausmass. Diese Wartefristen bewirkten eine gewisse Zurückhaltung auf Seite der schweizerischen Exporteure, was sich aber für unser Land nachteilig auswirkte, weil die Produktion entsprechend eingeschränkt wurde, was vermehrte Arbeitslosigkeit mit sich brachte. Nun kam der Krieg. Die schweizerische Industrie war an der Erstellung kriegswichtiger Produkte und Fabrikate (z.B. Seidenstoffe für Ballons, Metall- und Eisenfabrikate, Präzisionsindustrie, Herstellung moderner Waffen, versehen mit den feinsten Uhrwerken) beteiligt. Sie belieferte vor allem Frankreich und England, viel mehr als Deutschland. Die Zahlungen kamen eine Zeit lang regelmässig. Dann gerieten die französischen Zahlungen auch etwas in Verzug. England stellte das Begehren, es seien die Zahlungen für Materiallieferungen auf irgend eine Art vorzuschüssen. Ueber die Form dieser Operation wurde man aber nicht einig (Vorschuss von Staat zu Staat). Ein Clearingabkommen mit England bestand dazumal nicht. Dann kam der Zusammenbruch Frankreichs und die Exporte hörten auf. Die ganze schweizerische Produktion ergoss sich nach einer Seite, derjenigen der Achse, weil uns die andern Länder verschlossen waren. Für den Export von kriegswichtigen Dingen nach England bekommen wir die erforderlichen Geleitscheine nicht, von Deutschland aber laufen nur ganz ungenügende Zahlungen ein, was neue Wartefristen verursachte. Deshalb kam das Begehren: Der schweizerische Export soll ohne Wartefristen vor sich gehen können. Mit anderen Worten: Es wird exportiert und wenn der Stand des Clearing keine Zahlungen erlaubt, so soll die Schweiz das nötige Geld vorschüssen. Es handelt sich also nicht etwa um ein Darlehen an Deutschland oder direkt an den schweizerischen Export, sondern um eine ganz neue Art von Vorschüssen: vorausgenommene Zahlungen aus einer Kasse, in der kein Geld ist, die aber auf dem Wege des Clearing zu ihrem Guthaben kommt. Das ist das Prinzip. Deutschland und Italien haben sich auf den Standpunkt gestellt, dieser Vorschuss werde nicht ihnen gemacht, sodass sie ihn nicht schuldig sind. Die Lieferungen werden bezahlt; zeitlich tritt aber eine Verzögerung ein, weil der Export aus Deutschland oder Italien zu klein ist. Am Anfang haben sich diese Vorschüsse in kleinem Rahmen bewegt, sodass keine besondere Mitteilung nötig war. Im ersten Abkommen mit Deutschland ging man auf 124 Millionen Franken; das war nichts besonderes, hatten doch die früheren Vorschüsse 40 bis 80 Millionen Franken erreicht. Deutschland hatte sogar einmal ein Guthaben von 40 Millionen Franken. Für

Italien waren Vorschüsse bis auf 75 Millionen Franken vorgesehen. Das alles schien in den Rahmen des normalen Clearingverkehrs hineinzupassen und man musste die Sache mit in den Kauf nehmen. Es folgten aber weitere Verhandlungen: Deutschland verlangte zunächst die Erhöhung des Vorschusses auf 350 Millionen und Italien auf 150. Heute verhandelt man über Vorschüsse von 850 Millionen für Deutschland, 150 Millionen für Italien. Die Frage ist nun die: Besteht für eine solche Bevorschussung des Clearings eine Notwendigkeit? Es ist klar, dass diese Vorschüsse einmal zur Auswirkung kommen. Die ganze Aktion dient dazu, die schweizerische Industrie zu beschäftigen. Würden die Bestellungen ausbleiben, so hätten wir eine entsprechend grössere Arbeitslosigkeit. Es ist also Arbeitsbeschaffung. Bis zu einem gewissen Grade ist diese Betrachtungsweise richtig, arbeiten doch die Arbeitnehmer in ihrem Berufe und nicht auf der Strasse. In erster Linie handelt es sich um Arbeitsaufträge für die Maschinenindustrie inkl. alle Zubehör [sic], welche sich auf das ganze Gebiet vom Bodensee bis zum Genfersee verteilen. Es werden nicht nur grosse Betriebe, sondern viele Kleinbetriebe berücksichtigt, auch wenn eine besondere Firma grosse Aufträge erhalten hat. Durch Unteraufträge aber, wird die Arbeit auf den grössten Teil des Landes verteilt. Das ist das wirtschaftliche Moment dieser Operation.

[...] In wirtschaftlicher Beziehung sind wir also ganz abhängig von der Achsengruppe. Das ist das tragische der Situation in der wir uns befinden und deswegen ist eine gewisse Vorsicht am Platze. Es könnten auf einmal die Kohlenlieferungen aussetzen und zwar aus plausiblen Gründen. Denken wir nur an die unzähligen Truppentransporte kreuz und quer durch Europa, an die gewaltige Inanspruchnahme des Rollmaterials usw. Es braucht eigentlich guten Willen, um dazu noch die Kohlentransporte sicherzustellen. Wenn wir für diese Lage kein Verständnis aufbringen, so kann Deutschland dieses Argument spielen lassen und die Kohleneinfuhr bleibt 8–14 Tage unterbunden. Das haben wir schon mit der Benzinzufuhr erfahren. Man muss also mit Bezug auf unsere Abhängigkeit auf diesem Gebiet im klaren sein, um die Frage beurteilen zu können, ob das gewaltige Opfer, das wir bezüglich der Clearingbevorschussung bringen, gerechtfertigt ist oder nicht. Dazu kommt, dass der Bundesrat keine Garantien hat, wann Geld oder Waren hereinkommen. Es handelt sich eigentlich um einen Wechsel auf Ende 1942, wobei nicht bekannt ist, was die Friedensverhältnisse alles bringen werden. Im Verlaufe der Verhandlungen bezüglich der Erhöhung des Clearingvorschusses sind schweizerischerseits Gegenforderungen gestellt worden (bessere Belieferung von Kohle und Eisen, Erleichterungen auf dem Gebiete der Geleitscheine insbesondere für Uhrenwerke, welche nun freigegeben wurden). Wir erwarten daher eine Verbesserung der Versorgung unseres Landes und eine Erleichterung unseres Exportes nach andern Staaten, was unsere Unabhängigkeit besser garantieren würde. [...]

Der *Vorsitzende* verdankt diese Mitteilungen und erteilt das Wort Herrn Bundesrat *Stampfli*:

Herr Bundesrat *Stampfli*: [...] Im Verlaufe der Verhandlungen teilte der Vertreter Deutschlands (Hr. Hemmen) mit, die Bedürfnisse Deutschlands seien eigentlich viel grösser, Deutschland müsse einen neuen Kredit von 317 Millionen Franken haben. Man hat dann hin und her verhandelt. Was die Gegenleistungen betrifft, erklärte Hemmen eine Erhöhung des Kohlenkontingentes auf 2,7 Millionen Tonnen sei ausgeschlossen. Schliesslich erklärte man sich damit einverstanden auf der Basis von 300 Millionen

Franken weiterzuverhandeln. Es wurde sogar ein Protokoll unterzeichnet. Deutschland hielt sich nicht an diese Abmachung und bezeichnete diesen Vorschuss als ungenügend, weil sich dadurch der Clearing nicht flexibel genug gestalten ließe. Die Erhöhung der Limite würde Deutschland erlauben, bei der Aufgabe von Bestellungen freier zu disponieren. Es wurde daher eine Erhöhung auf 600 Millionen verlangt. Wir betrachteten dieses Verlangen als eine unmögliche Zumutung insbesondere nach der Unterzeichnung des Protokoll (300 Millionen). Die Angelegenheit hat sich dann hinausgezögert bis in den Monat April hinein. Inzwischen hat Deutschland allerlei Massnahmen ergriffen, die als Repressalien betrachtet werden könnten. (Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs zwischen Genf und Bellegarde, Verkehrsunterbrechungen im Osten). Damit wollte uns Deutschland zeigen, dass es mit uns unzufrieden war. Es folgten vertrauliche Besprechungen (Fühlungnahme mit den Kreisen der Industrie, der Wirtschaft, der Finanz und der Nationalbank). Alle Stellen waren der Meinung, man werde nicht darum herumkommen, wenn vermieden werden sollte, dass die Schweiz von den übrigen Ländern abgeschnitten werde. Es müsse also ein Schritt weitergegangen werden. Wir schickten unsere Vertreter nach Berlin um die Verhandlungen, welche inzwischen durch die Gesandtschaft geführt worden waren, weiterzuführen. Es stellte sich aber bald heraus, dass hinter den Begehren Deutschlands die Wehrmacht stand. Es ging nicht mehr um die 600 Millionen, sondern Deutschland steigerte seine Forderung auf 850 Millionen! Für unsere Vertreter (HH. Hotz und Homberger) waren keine Zweifel mehr vorhanden, dass die Schweiz die 850 Millionen auf den Altar des Vaterlandes legen müsse, wollte man weitergehende Repressalien verhindern. Offiziös hat man unsere Unterhändler wissen lassen, dass eben auch die Schweiz der neuen politischen Situation Rechnung zu tragen und ihrerseits einen Beweis dieses Willens zu erbringen habe. Andere Staaten haben so oder anders mitmachen müssen: Ungarn wurde als Durchgangsgebiet benützt, Rumänien musste sich in den Dienst von Deutschland stellen und Bulgarien wurde besetzt. Es ist klar, dass wenn wir nicht abgeschnitten werden wollen, wir in diesen sauren Apfel beissen müssen. Unsere grosse Sorge ist die, wie London und Washington auf das in Aussicht genommene Abkommen reagieren werden. Im Interesse unserer Exportindustrien haben wir ausserordentlichen Wert darauf gelegt, die Ausfuhrmöglichkeiten nach einigen Staaten zu erweitern. Deutschland und Italien wollten das Geleitscheinsystem noch verschärfen und es auch auf alle Erzeugnisse der Präzisionsindustrie (Uhrwerke und Bestandteile usw.) ausdehnen. Wir konnten immerhin erwirken, dass die Uhrenwerke von der Sperrliste ausgenommen würden. Für andere Fabrikate konnten die Kontingente erhöht werden; einige Maschinen konnten auf der Liste der Geleitscheinpflichtigen Waren gestrichen werden. Wir erlangten auch die Zusicherung, dass man die von uns gecharterten griechischen Schiffe auf dem Atlantik zirkulieren lasse und die für uns bestimmten Transporte aus dem Balkan weiter führen werde. [...] Gestützt auf diese Ueberlegungen wurde die schweizerische Delegation ermächtigt die Verhandlungen fortzusetzen. Das soll im Verlaufe der nächsten Wochen in Bern geschehen. [...] Im Verlaufe der Verhandlungen wurde von Seiten der Vertreter der Achse darauf hingewiesen, dass das in Aussicht genommene Abkommen den Wünschen unseres Parlaments betreffend Landesversorgung und Arbeitsbeschaffung entspreche. Man kann daraus ersehen, wie solche Aeusserungen vom Ausland gegen uns verwertet werden können. Rückblickend fragt man sich auch, ob es klüger gewesen wäre, wenn auf das erste Gesuch um Erhöhung des Vorschusses auf 300 Millionen

Franken eingetreten worden wäre? Mehr Kohle war von Deutschland nicht zu bekommen, weil das Reich auch andere Länder mit Kohle beliefern muss. Es ist deshalb nicht in der Lage uns jetzt schon zusätzliche Lieferungen an Kohle zuzusagen. Im Jahre 1942 sollen indessen grössere Kohlenmengen geliefert werden, um eine raschere Amortisation des Vorschusses zu ermöglichen. Im Interesse der Landesversorgung mit wichtigen Gütern sind wir dazu gekommen den Vorschuss von 850 Millionen zu bewilligen unter den Bedingungen, die ich Ihnen genannt habe.

Der *Vorsitzende* verdankt Herrn Bundesrat Stampfli seine Ausführungen und eröffnet die Diskussion. Es ist betont worden, das Eingehen auf die Forderungen Deutschlands und Italiens stütze sich auf wirtschaftliche Notwendigkeiten. Welches ist dabei das Interesse der deutschen Wehrmacht? Es wird auch gesagt, Deutschland rege sich über unsere Rüstungen auf und wolle deshalb nicht mehr Eisen liefern als es sich verpflichtet habe. Sind die Preise für die Kohlen- und Eisenlieferungen garantiert? Wie stellt sich das Problem der Geldbeschaffung in währungspolitischer Hinsicht? Welches wären die Konsequenzen einer Ablehnung der Achsenforderungen?

Herr *Müller* macht darauf aufmerksam, dass ein waadtländischer Staatsrat erklärt hat, Deutschland habe von der Schweiz ein Darlehen von einer Milliarde Franken verlangt. Gehört das nicht in das Kapitel der Gerüchtemacherei? Ferner wird behauptet, dass neben den Lieferungen von Kriegsmaterial auch Lieferungen von Schlacht- und Zuchtvieh verlangt werden. Im andern Lager werden diese Vorschüsse den Gedanken erwecken, die Schweiz sei ganz in die Abhängigkeit der Achsenmächte geraten. Nach den gegebenen Erklärungen würde eine solche Behauptung nicht zutreffen, haben doch die Achsenmächte die Liste der nicht begleitpflichtigen Waren erweitert. Die Frage, ob es nicht besser gewesen wäre auf die erste Forderung von 300 Millionen Franken einzutreten, ist nach den gemachten Erfahrungen dahin zu beantworten, dass die späteren Forderungen kaum mässiger gestaltet worden wären. Deutschland wäre wieder gekommen. Nach all dem Gesagten muss festgestellt werden, dass der Bundesrat im Interesse des Landes nicht anders handeln konnte.

Herr *Loepfe*: Welche Folgen wird die Bewilligung dieser Milliarde für unsere Währung haben? Als Präsident einer Bank konnte ich feststellen, dass die Spareinlagen immer kleiner werden. Im Volke habe ich auch von dieser Milliarde sprechen hören; man stösst aber nicht auf Widerspruch, denn man ist sich bewusst, dass man sonst bezüglich der Arbeitslosigkeit bittere Erfahrungen machen würde. Das Problem hat eben auch eine innenpolitische Seite. So schwer es fällt, einen Staat zu unterstützen der finanziell pleite ist, so müssen wir es doch tun, sonst können wir mit unserer Armeeausrüstung nicht vorwärts machen. Wir sind gebunden. Es fragt sich aber welche Rückwirkungen unser Verhältnis zu den Achsenmächten haben wird? Der Bundesrat tut gut so zu handeln wie er es getan hat. Ein Vorteil liegt ja darin, dass unser Export erweitert werden kann. Wir können nur wünschen, dass das Abkommen raschestens unterzeichnet werde. Der Bundesrat befindet sich in einer Zwangslage; das ist seine Entschuldigung, wenn er nun eine Milliarde im Interesse der Landes ausgibt.

Herr *Scherrer*: Das Volk hat geahnt, dass wir unsern Tribut an den Krieg werden leisten müssen. Trotz seiner Schwere gibt uns das Abkommen die Möglichkeit nach Aussen unsere Neutralität zu halten und von den übrigen Ländern nicht abgedrosselt zu werden. Im Hinblick auf die grossen Lasten welche auf uns drücken, möchte ich zwei Fragen

stellen: 1. Hat man nicht den Eindruck, dass gegenwärtig zuviel Militär mobilisiert ist? Die Leute stehen herum und fragen sich wozu sie eigentlich da sind. Die Stäbe haben nichts zu tun. Eine Einschränkung des Aufgebots würde unsere Finanzen entlasten und gestatten, die Leute an die Betriebe zurückzugeben. Nachdem mit Deutschland ein Abkommen getroffen wird, dürfte man füglich das Aufgebot reduzieren. [...] Im übrigen halte ich dafür, dass der Bundesrat nicht anders handeln konnte; wir müssen ihm Dank sagen, dass es ihm gelungen ist, den Grundsatz unserer Freiheit zu wahren.

M. *Bolla*: Les exposés qui nous ont été faits sont d'une clarté telle qu'ils n'appellent aucune autre explication. A mon avis, nous ne saurions proposer d'autre solution. Je voudrais cependant poser une question à M. le Président de la Confédération qui a tenté de justifier l'opération au point de vue juridique en nous disant: La Suisse n'avance pas l'argent à un Etat, mais au Clearing. Cela peut avoir une certaine valeur vis-à-vis des Alliés, mais c'est une fiction, car le peuple ne comprend pas cette différence. Dès lors, ne vaudrait-il pas mieux abandonner cette justification juridique et appeler les choses comme elles sont? Il l'agit d'une convention qu'on nous impose dans un état de nécessité, d'une convention que nous devons accepter par contrainte. Cette justification devrait résulter du protocole. Dans quelques années, cette opération sera critiquée. Or, il importe que l'on fixe exactement les conditions dans lesquelles il a fallu souscrire cette convention. A cet égard, les déclarations des représentants du Conseil fédéral sont des plus complètes.

[...]

Herr *Seiler*: Ueber die Form der Erledigung dieses Geschäftes scheint noch nicht volle Klarheit zu herrschen. Im Grunde genommen handelt es sich um einen Bundesratsbeschluss. Sollte das Abkommen nicht der Vollmachtenkommission vorgelegt werden? Herr Bundespräsident *Wetter*: Bezüglich der Geheimhaltung ist darauf hinzuweisen, dass es nicht klug ist in der Öffentlichkeit über Fragen zu sprechen, die noch Gegenstand von Verhandlungen sind. Das war bis heute der Fall. Sollten Sie aber falsche Darstellungen hören, so bitte ich Sie entschieden dagegen aufzutreten und falsche Auffassungen zu korrigieren. – Besonders wichtig ist, dass Deutschland nie politische Forderungen gestellt hat (Abrüstung, Einstellung der Befestigungsbauten, usw.) Es ist gefragt worden, ob uns das Abkommen nicht währungspolitisch grosse Sorgen bereitet, gilt es doch eine Milliarde mehr zu beschaffen als sonst, wenigstens für den Staat. Ich glaube nicht, dass uns die Beschaffung dieser Mittel grosse Sorgen bereiten wird. Solange die Geldflüssigkeit anhält, wird es möglich sein, Gelder kurzfristig oder langfristig zu mässigem Zinsfuss zu beschaffen. Eine andere Frage ist die, ob diese Operation nicht inflatorischen Charakter haben wird. Es ist aber zu beachten, dass dadurch nicht viel mehr Geld in Zirkulation kommt. Die grossen Profite aus Kriegsgewinnen kommen zum Teil der Bundeskasse zu gut. Vorläufig besteht keine Inflationsgefahr. Sie könnte aber eintreten, wenn die Produktion forciert und hohe Löhne bezahlt werden sollten. Es ist deshalb wünschenswert, dass wir nicht zu einer Art Hochkonjunktur übergehen. Solange die Verhältnisse bleiben wie sie sind, ist die Situation nicht gefährlich. – Ueber die Konsequenzen einer Ablehnung der deutschen Forderungen können wir uns nicht positiv äussern, weil wir dabei auf Mutmassungen angewiesen sind. Es ist aber damit zu rechnen, dass die Kohlenlieferungen ausbleiben würden. Das Ausfallen der Kohlenzüge würde bei uns eine grosse Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Was nachher kommt, weiss ich nicht. Aber

nach 6 Monaten müssten wir vielleicht nachgeben. Wir müssten alsdann nicht nur das schlucken was heute offeriert wird, sondern noch anderes mehr. Das wären Demütigungen, die wir uns nicht gefallen lassen müssen, wenn wir die Verhandlungen, welche nur den wirtschaftlichen Sektor betreffen, fortsetzen. [...]

[...]

M[.] *Bolla*: On pourrait faire quelque chose de plus et pas seulement prendre acte des communications qui ont été faites. La discussion a montré que tout le monde est d'accord. Il faut déclarer que de l'avis unanime de la Délégation, on considère que le Conseil fédéral se trouve dans une situation de nécessité telle qu'il ne pouvait envisager d'autre solution.

Die Herren *Scherrer*, *Loepfe* und *Müller* unterstützen den Vorredner und halten dafür, dass gesagt werden soll, die Finanzdelegation nehme in zustimmendem Sinne Kenntnis von den Mitteilungen des Bundesrates.

Herr *Seiler* bemerkt dieses Vorgehen sei ihm nicht ganz klar.

Herr Bundesrat *Stampfli* regt an zu sagen, die Finanzdelegation sei einverstanden, dass die Verhandlungen mit Deutschland auf der Grundlage fortgesetzt werden, welche der Bundesrat gekennzeichnet hat.

Zustimmung

Adhésion

[...]

Quelle: BAR, E 1050.3 (A) 1995/497, 4. Siehe S. 145 (Anm. 217); S. 286 (Anm. 3).